

digung seiner Äußerung; allein darin kann eine Verletzung des in Frage stehenden Verfassungsgrundsatzes zweifellos nicht gefunden werden; denn es ist jedenfalls nicht unmöglich, zum Beispiel den Ausdruck „häßliches Nachwerk“ als beleidigend zu betrachten, und dem Vorwurf, der Gemeinderat habe einen mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße stehenden Amtsbericht erstattet, den Sinn absichtlich unrichtiger Darstellung beizulegen. Bei dieser Auslegung aber erscheint die Annahme einer Ehrverletzung mit Rücksicht auf die festgestellte Unbegründetheit des Vorwurfs — deren Richtigkeit zu bezweifeln kein genügender Grund vorliegt — keineswegs als mißbräuchliche Anwendung des Strafgesetzes im genannten Sinne.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Der Rekurs wird abgewiesen.

V. Gerichtsstand. — Du for.

1. Verfassungsmässiger Gerichtsstand. — Unzulässigkeit
von Ausnahmegerichten. —

For naturel. — Inadmissibilité de tribunaux exceptionnels.

37. Urteil vom 18. Juni 1903 in Sachen Christen
gegen Regierungsrat Unterwalden nid dem Wald.

Bundesgesetz betr. Ergänzung des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz. Kantonale Vollziehungs-Verordnung hiezu, die, entgegen Verfassung und Gesetz, die Beurteilung des Deliktes der schuldhaften Nichtbezahlung des Militärpflichtersatzes einer in Verfassung und Gesetz nicht als Strafgericht vorgesehenen Behörde zuweist. Eingriff in das Gebiet der gesetzgebenden Gewalt.

A. Durch Urteil des Gerichtsausschusses von Nidwalden vom 18. Februar 1903 wurde der Rekurrent Christen wegen schuldhafter Nichtbezahlung des Militärpflichtersatzes für die Jahre 1898 bis 1902 in Anwendung von Art. 1 des Bundesgesetzes betref-

send Ergänzung des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Christen hatte die Kompetenz des Gerichtsausschusses bestritten.

B. Die vom Landrat des Kantons Unterwalden nid dem Wald am 12. April 1901 zum Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz erlassene Vollziehungsverordnung bestimmt in § 5, daß der Kreiskommandant die Schuldbaren an den Gerichtsausschuß weist und daß der Gerichtsausschuß in rein summarischem Verfahren urteilt, wobei Verteidiger ausgeschlossen sind. Der durch Verfassungsrevision vom 29. April 1900 geschaffene Gerichtsausschuß ist eine Abteilung des Kantonsgerichts, bestehend aus dem Präsidenten und zwei Mitgliedern. Er beurteilt endgültig und im summarischen Verfahren alle Zivilstreitigkeiten, deren Streitwert 20 Fr., nicht aber 100 Fr. übersteigt (K.-Verf. § 57, Gerichtsorganisation § 3). Das aus sieben Mitgliedern bestehende Kantonsgericht ist Zivil- und Strafgericht; als einziges erstinstanzliches Strafgericht entscheidet es über alle Straffälle, die ihm von der Untersuchungsbehörde zur Beurteilung überwiesen werden (K.-Verf. § 58, Ziff. 3, Gerichtsorganisi. § 4).

Der Gerichtsausschuß hatte anläßlich des Straffalles Christen Bedenken über seine verfassungsmäßige Zuständigkeit, Strafsachen zu beurteilen, mit Rücksicht auf § 57 der Kant.-Verf. und § 3 der Gerichtsorganisation, die dem Gerichtsausschuß nur zivilgerichtliche Funktionen zuweisen. Der Regierungsrat, an den sich der Gerichtsausschuß um Begleitung gewandt hatte, teilte jedoch diese Bedenken nicht, sondern wies den Gerichtsausschuß an, die Fälle schuldhafter Nichtbezahlung des Militärpflichtersatzes zu beurteilen. Der Gerichtsausschuß erließ hierauf das eingangs erwähnte Urteil.

C. Gegen dieses Urteil hat Christen rechtzeitig den staatsrechtlichen Rekurs an das Bundesgericht ergriffen, mit dem Antrag, es sei das Urteil aufzuheben. In der Begründung wird ausgeführt, das Urteil enthalte einen Verstoß gegen Art. 58 B.-V. und Art. 7 K.-V. („Niemand kann seinem verfassungsmäßigen Richter entzogen werden“). Nach Verfassung und Gesetz sei das Kantonsgericht das einzige erstinstanzliche Strafgericht des Kan-

tons. Die Kompetenz des Gerichtsausschusses sei auf Civilstreitigkeiten beschränkt. Der Gerichtsausschuss habe verfassungsgemäß keine Strafgewalt. Der Landrat habe nicht die Befugniß gehabt, in einer Vollziehungsverordnung zu einem Bundesgesetz gegen Verfassung und Gesetz ein Civilgericht mit Strafgewalt auszustatten. Diese Befugniß stehe nur der Landsgemeinde zu nach dem für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Verfahren (Verf. Art. 39 a). Nach dem Bundesgesetz betreffend Ergänzung des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz werde, wer schuldhafter Weise den Militärpflichtersatz nicht entrichtet vom Strafrichter mit Haft bestraft; gemeint sei der nach Verfassung und Gesetz zuständige kantonale Strafrichter, und das sei in Nidwalden das Kantonsgericht. Der Rekurrent sei daher seinem verfassungsmäßigen Richter entzogen worden. Sodann sei dem Rekurrenten die Beiziehung eines Verteidigers verweigert worden unter Berufung auf § 5 Abs. 3 der Vollziehungsverordnung. Diese Bestimmung stehe im Widerspruch mit Art. 64 R.-V. („In Straf- und Appellationsfällen findet Anklage und Verteidigung statt. Wo der Beklagte nicht selbst einen Verteidiger wählen kann, wird ein solcher von Amtes wegen bestellt.“) Das Recht der Verteidigung involviere die Befugniß, einen Verteidiger herbeizuziehen. Auch aus diesem Grunde sei das angefochtene Urteil als verfassungswidrig aufzuheben.

D. Der Gerichtsausschuss Nidwalden hat auf Bemerkungen verzichtet. Der ebenfalls zur Bernehmung eingeladene Regierungsrat von Nidwalden hat auf Abweisung des Rekurses ange tragen und zur Begründung im wesentlichen ausgeführt: Der Landrat habe nach Art. 48 Ziff. 4 die erforderlichen Vollziehungsverordnungen und Ausführungsbestimmungen zu den eidgenössischen und kantonalen Gesetzen zu erlassen. Das Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz schreibe nicht vor, daß zur Aburteilung renitenter Militärsteuerpflichtiger nur die verfassungsmäßigen kantonalen Strafgerichtskollegien kompetent seien, sondern es überlasse es den Kantonen, einen Strafrichter zu bezeichnen. In der Vollziehungsverordnung habe festgestellt werden müssen, wer als Strafrichter zu fungieren habe. Der Gerichtsausschuss sei als solcher bezeichnet worden, nicht

als Civilinstanz, sondern als Abteilung des Kantonsgerichts in seiner Eigenschaft als Strafgericht. Die Verordnung sei vom Bundesrat genehmigt worden. Es sei auch durchaus kein Bedürfnis vorhanden, daß in so unbedeutenden Straffällen der ganze kostspielige Apparat des Kantonsgerichts in Bewegung gesetzt werde. Seinem verfassungsmäßigen Richter sei der Rekurrent nicht entzogen worden. Ebenso wenig sei das durch die Verfassung gewährleistete Verteidigungsrecht durch den Ausschluß von Verteidigern verletzt; denn, da kein Ankläger erscheine, seien die Rechte der Verteidigung nicht verkürzt, wenn der Angeklagte sich selber verteidigen müsse.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. In erster Linie ist die Frage zu prüfen, ob nach der verfassungsmäßigen Ordnung der Strafgerichtsbarkeit in Nidwalden der Gerichtsausschuss zuständig ist, die Fälle schuldhafter Nichtbezahlung des Militärpflichtersatzes zu beurteilen, und da die kantonale Vollziehungsverordnung zum mehrfach citierten Bundesgesetz in § 5 Abs. 1 diese Fälle dem Gerichtsausschuss zur Aburteilung überweist, so spitzt sich die Frage dahin zu, ob die Verordnung in diesem Punkte verfassungsmäßig ist. Der Rekurs richtet sich allerdings nicht gegen die Verordnung selber, die wegen Ablaufs der Rekursfrist nicht mehr anfechtbar ist, sondern gegen das Urteil, durch das die Verordnung auf den Rekurrenten angewandt worden ist.

Die schuldhafte Nichtbezahlung des Militärpflichtersatzes ist ein Delikt, das nach Art. 1 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom Strafrichter mit Haft von ein bis zehn Tagen bestraft wird. Gemeint ist der kantonale Strafrichter. Nun ist nach Art. 58 R.-V. und § 4 der Gerichtsorganisation das Kantonsgericht das einzige Strafgericht erster Instanz in Nidwalden. Der Gerichtsausschuss ist lediglich Civilgericht für Bagatellsachen (R.-V. Art. 57 und Gerichtsorganis. § 3) und hat keine Strafgewalt. Eine Übertragung von Straffunktionen an eine Abteilung des Kantonsgerichts, also ein Gerichtsausschuss in Strafsachen, ist weder in der Verfassung, noch in der Gerichtsorganisation vorgesehen, und widerspricht der Verfassungsbestimmung, daß das Kantonsgericht alle Straffälle beurteilt und der Gerichtsausschuss lediglich Civil-

gericht ist. Zudem der Landrat in der Vollziehungsverordnung die fraglichen Fälle an den Gerichtsausschuß gewiesen hat, hat er ein Zivilgericht mit Strafgewalt ausgestattet, also ein neues Strafgericht geschaffen. Hierzu bedurfte es aber einer Änderung der in der Verfassung und Gerichtsorganisation enthaltenen Vorschriften, wie sie nur von der gesetzgebenden Behörde des Kantons, der Landsgemeinde (K.-V. Art. 37 u. 39), und nicht von der obersten Verwaltungsbehörde, dem Landrat (K.-V. Art. 45 ff.), vorgenommen werden konnte. § 5 Abs. 1 der Verordnung muß daher als verfassungswidrig bezeichnet werden.

Mit Unrecht leitet der Regierungsrat die Kompetenz des Landrates zum Erlaß der betreffenden Bestimmung aus Art. 48 Ziff. 4 K.-V., in Verbindung mit dem Bundesgesetz selber ab. Dieses letztere bestimmt nur, daß das Strafverfahren von den Kantonen in den Vollziehungsbestimmungen festzustellen sei. Aber daß ein neuer und besonderer kantonaler Strafrichter von den Kantonen für diese Fälle zu schaffen sei, ist vom Bundesgesetz weder ausdrücklich, noch dem übrigen Inhalt nach gefordert. Insofern enthält deshalb § 5 Abs. 1 der kantonalen Vollziehungsverordnung nicht eine Ausführung des Bundesgesetzes, sondern es wird damit eine darüber hinausgehende, auf eigener, freier Entschliebung des Landrates beruhende Anordnung geschaffen. Für die Kompetenz des Landrates zum Erlaß dieser Anordnung kann demnach auf Art. 48 Ziff. 4 der Verfassung nicht abgestellt werden, und es braucht die Frage nicht geprüft zu werden, wie es sich verhalten würde, wenn nach dem Bundesgesetz eine Anordnung, wie die angefochtene, notwendigerweise hätte erlassen werden müssen.

Der Regierungsrat beruft sich endlich auf die Tatsache, daß der Bundesrat die Vollziehungsverordnung des Landrates genehmigt hat. Allein diese Genehmigung bezieht sich nur darauf, ob die Verordnung den Bestimmungen des Bundesgesetzes entspricht. Ob sie sich auch im Einklang mit dem kantonalen Staatsrecht befindet, hatte der Bundesrat nicht zu prüfen.

2. Der verfassungsmäßige Richter, um den Straffall des Rekurrenten zu beurteilen, war nach dem Gesagten das Kantonsgericht. Da der Rekurrent in Anwendung von § 5 Ziff. 1 der

Verordnung vor den Gerichtsausschuß gestellt und von diesem beurteilt worden ist, ist er seinem verfassungsmäßigen Richter entzogen worden. Das angefochtene Urteil ist daher wegen Verletzung von Art. 58 B.-V. und Art. 7 K.-V. aufzuheben. Bei dieser Sachlage braucht nicht geprüft zu werden, ob auch der zweite Beschwerdepunkt des Rekurrenten — Verletzung der in Art. 64 K.-V. gewährleisteten Rechte der Verteidigung — zutreffen würde.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Der Rekurs wird gutgeheißen und demgemäß das Urteil des Gerichtsausschusses von Nidwalden vom 18. Februar 1903 aufgehoben.

2. Gerichtsstand des Wohnortes. — For du domicile.

38. Arrêt du 6 mai 1903, dans la cause Baudet contre Bourderye.

Soi-disant acquiescement au jugement attaqué, tiré du fait que le paiement des dépens serait prétendument intervenu sans réserve. — Art. 4, traité franco-suisse.

A. — Baudet, citoyen français, domicilié à Romont (Fribourg), est propriétaire d'un immeuble situé à Plan-les-Ouates (Genève), qu'il a loué à Bourderye, également citoyen français.

Ce dernier, prétendant avoir réclamé de Baudet des réparations au dit immeuble, qui lui auraient été refusées, a assigné Baudet, par exploit du 15 août 1902, devant le Tribunal de première instance de Genève, concluant :

« a) à ce que Baudet soit condamné à faire procéder sans
» délai aux réparations prescrites par M. l'expert Saulnier
» dans son rapport dressé le 2 août 1902, pour remédier
» aux inconvénients par lui constatés et permettre au requé-
» rant de jouir utilement et selon l'usage des lieux à lui
» loués ;